

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Förderung der Stadtentwicklung durch Zwischennutzungen im Lloydhof**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Saxe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beteiligt der Senat die ressortübergreifend eingesetzte und finanzierte Zwischen-Zentrale an der bevorstehenden Zwischennutzung des Lloydhofs im Hinblick auf die künftige Entwicklung und Nutzung des Ansgariquartiers?

Zweitens: Welche weiteren Träger und Formate hält der Senat für geeignet, um im Rahmen von Zwischennutzungen des Lloydhofs vor dem Verkauf der Immobilie die sozialen und soziokulturellen Funktionen der Innenstadt, insbesondere im Ansgariquartier, öffentlich zu thematisieren und zu diskutieren?

Drittens: Ist für die Entwicklung der City und des Ansgariquartiers eine Jugendbeteiligung vorgesehen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Günthner.

Senator Günthner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ende Januar wird ein Auftaktgespräch zum Thema Zwischennutzung geführt werden, an dem auch Vertreter der Zwischen-Zentrale, ZZZ, teilnehmen.

Zu Frage 2: Die Hochschule für Künste hat in Abstimmung mit der CityInitiative Bremen Werbung e. V. ein Konzept für eine Zwischennutzung durch Absolventen der Hochschule für Künste vorgelegt. Danach sollen vor Ort Kunstwerke und Objekte erstellt werden, die anschließend ausgestellt und gegebenenfalls verkauft werden können. Auf diese Weise wird Kunsthochschulabsolventen die Chance zur Präsentation vor einem breiten Publikum sowie gegebenenfalls zum Start einer unternehmerischen Selbstständigkeit gegeben. Zudem liegen der WFB bereits einige Anfragen von potenziellen Mietern vor, die für eine marktübliche Mieta Flächen mit Außenwirkung auf Zeit anmieten würden. Bereits seit dem Jahr 2012 bietet das Ladenlokal des BremerLeselust e. V. eine Zwischennutzung, die insbesondere Kinder und Jugendliche anspricht. Diese Nutzung wird fortgeführt.

Zu Frage 3: Für die zukünftige Entwicklung des Ansgariquartiers werden derzeit die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet. Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist laut den Leitlinien zur Entwicklung des Ansgariquartiers dergestalt vorgesehen, dass der öffentliche Raum für Kinder nutzbar sein sollte und ein Konzept zur Neugestaltung ein entsprechendes Angebot bereithalten sollte. Bei der Konkretisierung der Planungen werden Kinder und Jugendliche entsprechend beteiligt. Mit den konkreten Planungen für die zukünftige Entwicklung der City und insbesondere des Ansgariquartiers wird mit Abschluss des Investorenauswahlverfahrens - voraussichtlich Anfang 2014 - begonnen werden.

Die Ergebnisse des Innenstadtentwicklungskonzepts sollen im Frühjahr vorgelegt werden. Die City wird unter anderem als Erlebnisraum für Nutzergruppen wie Kinder und Jugendliche thematisiert. Die Belange der Kinder und Jugendlichen wurden in öffentlichen Foren zum Stadtentwicklungskonzept diskutiert und in der weiteren Planerstellung berücksichtigt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Werner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Unsere zweite Frage bezog sich auf die sozialen und soziokulturellen Funktionen der Innenstadt, die man in Zwischennutzungen thematisieren könnte. Es ist selbst für mich als großen Kunstfreund eigentlich schwer vorstellbar, dass das mit Kunstwerken und -ausstellungen funktioniert. Ich denke zum Beispiel an die soziale Funktion der Kantine beim Bausenator, die sich im Lloydhof befindet, und für die Zukunft könnte man über nahe den Arbeitsstätten gelegene Kitas sprechen. Generell soll die Innenstadt neben Shopping und Parken auch soziale und kulturelle Funktionen haben. Die von Ihnen genannten Zwischennutzungen sollen wahrscheinlich nach der Zwischennutzung nicht verstetigt werden. Insofern habe ich noch einmal die Nachfrage, wie und in welchen Formaten solche sozialen Funktionen in der Innenstadt und im Ansgariquartier während der Zwischennutzung thematisiert und diskutiert werden!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Günthner: Ich habe gerade darauf hingewiesen, dass wir Ende des Monats in vertiefende Gespräche über die Möglichkeiten, dieses Areal in der Zeit zu nutzen, eintreten werden, bis dort dann das von uns erwartete Citycenter gebaut werden kann. Aus meiner Sicht ist dort sehr vieles denkbar, man kann über sehr vieles diskutieren. Am Ende muss man dann allerdings auch

sehen, dass wir natürlich ein Interesse daran haben, Flächen weiter vermietet zu halten und Zwischennutzungen einzubinden. Sie haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass Zwischennutzungen - das liegt schon im Sinne des Wortes - immer nur Zwischennutzungen sind. Dennoch kann aus meiner Sicht im Zusammenhang mit der Zwischennutzung des Lloydhofs am Ansgarikirchhof nahezu alles diskutiert werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **öffentlichen Aufträge an Neupack und Neupack-Kunden**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Bernhard!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche öffentlichen Aufträge in welchem Umfang bestehen an den Verpackungshersteller Neupack beziehungsweise an Großkunden von Neupack, wie das Bremer Milchkontor?

Zweitens: Wären öffentliche Aufträge an ein Unternehmen wie Neupack, das keinen Mindestlohn von 8,50 Euro zahlt, nach dem Bremischen Tarif-treue- und Vergabegesetz beziehungsweise nach dem Bremischen Mindestlohngesetz zulässig?

Drittens: Besteht derzeit eine Handhabe für den Senat, gewerkschaftsfeindliche Aktionen, wie den großangelegten Einsatz von Streikbrechern, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe zu sanktionieren?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Günthner.

Senator Günthner: Herr Präsident, sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Auskunft von Immobilien Bremen AöR als der von der Freien Hansestadt Bremen mit der zentralen Beschaffung beauftragten Dienststelle sind keine öffentlichen Aufträge an die Unternehmen Neupack und Bremer Milchkontor erteilt worden. Zum gleichen Ergebnis führte auch die Überprüfung der bei der Sonderkommission Mindestlohn eingegangenen Vergabemeldungen. Dem Senat liegen darüber hinaus keine Erkenntnisse vor, dass Bremische Vergabestellen Produkte erworben haben, die in Folien oder

Kunststoffverpackungen der Firma Neupack verpackt waren.

Zu Frage 2: Die Beschaffung von Waren, wie sie vom Unternehmen Neupack hergestellt werden - Joghurtbecher, Lebensmittelverpackungen, Etiketten, Folien -, erfolgt im Rahmen von öffentlichen Aufträgen über Lieferleistungen. Für öffentliche Aufträge über Lieferleistungen finden gemäß Paragraph 2 Absatz 3 Bremisches Tarif-treue- und Vergabegesetz, TtVG, die Regelungen über Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen keine Anwendung. Das Bremische Landesmindestlohngesetz verweist hinsichtlich des Mindestlohns im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge auf das TtVG. Eigene Festlegungen werden insoweit nicht getroffen.

Zu Frage 3: Eine Sanktionierung des Einsatzes von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher ist im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe aus rechtlichen Gründen nicht möglich. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Wirtschaftliche Schädigung der BSAG durch Schienen-Kartell**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rupp, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie groß ist der wirtschaftliche Schaden, der der BSAG im Zusammenhang mit den jetzt publik gewordenen Kartellabsprachen entstanden ist?

Zweitens: Weshalb wurden überhöhte Preise bei Schienen nicht bemerkt?

Drittens: In welchem Umfang wurden in den zurückliegenden Jahren Angebote anderer Anbieter außer ThyssenKrupp und voestalpine Klöckner überhaupt eingeholt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ob und in welcher Höhe der BSAG ein Schaden entstanden ist, kann noch nicht beantwortet werden. Die BSAG prüft dies zurzeit.